

## Anträge

### **Antrag 1 (Andrea Jerger)**

Zeile 13, Forderung ergänzen:

„Die Finma oder das neue Aufsichtorgan muss unabhängig sein. Es dürfen keine Banker, die noch Geld bekommen von einer Bank, in der Finma Mitglied sein.“

Begründung: Die heutige Finma mit dem Präsidenten Herr Eugen Haltiner ist von der UBS gesteuert. Da Herr Haltiner noch von der UBS Geld bekommt. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Darum werden keine Entscheidungen für die Schweiz getroffen sondern nur für die Banken.

Stellungnahme GL, Modifizierte Annahme: „Der Finanzmarkt braucht eine unabhängige Aufsichtsbehörde. Die heutige Finma ist nicht in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen. Es kann nicht sein, dass ehemalige Topbanker, die wie der aktuelle Finma-Präsident Eugen Haltiner noch im Sold ihrer Bank stehen, diese kontrollieren sollen.“

### **Antrag 2 (JUSO Stadt Bern)**

Zeile 13, Forderungen, Streichung letzter Satzteil, Einschub neuer Punkt:

Begründung: „International muss eine Finanzmarkttransaktionssteuer (auch Tobin-Steuer genannt) eingeführt werden. Da mit ihr Finanzmarktaufträge mehr kosten würden, wäre schneller An- und Verkauf von Finanzprodukten unrentabler; damit sinkt die Volatilität der Finanzmärkte und die Stabilität steigt. Langfristiges, nachhaltiges Anlegen würde rentabler.“

Stellungnahme GL: Annahme

### **Antrag 3 (Michelle Stirnimann, Nora Krummen)**

Neue Forderung: „Schluss mit Schmiergeldzahlungen: Es ist den Banken untersagt, politische Parteien, sowie einzelne PolitikerInnen finanziell zu unterstützen.“

Begründung: Es kann doch einfach nicht sein, dass bürgerliche Parteien von Grossbanken gekauft und gepusht werden! PolitikerInnen sind nicht dazu da die Interessen der Banken zu vertreten, sondern diejenigen des Volkes. Deshalb sollen Banken nicht weiter PolitikerInnen und/oder Parteien finanziell unterstützen.

Stellungnahme GL: Annahme

### **Antrag 4 (JUSO Stadt Bern)**

Statistiken sollen redaktionell mit Fussnoten, welche auf Studien und Statistiken hinweisen, belegt werden.

Stellungnahme GL: Ablehnen. Positionspapiere sind politische Papiere. Sie haben keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und sollten dies der Ansicht der GL nach auch nicht haben.